

Organspende

Online-Register für Spender verzögert sich

Das Online-Register, in dem Bürgerinnen und Bürger ihre Bereitschaft zur Organspende dokumentieren können, wird frühestens Ende 2022 an den Start gehen. Das hat das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) auf Anfrage bestätigt. Das Gesetz zur Stärkung der Entscheidungsbereitschaft bei der Organspende hatte den 1. März vorgeesehen. Grund für die Verzögerung sei die Coronapandemie, so das BfArM. Man wolle den Krankenhäusern zusätzliche Belastungen ersparen. Denn neben dem Online-Register für die Bürger müsse ein zweites Register, ein sogenanntes Abruf-Portal, eingerichtet werden, über das die 1.300 Entnahmekrankenhäuser die dort hinterlegten Erklärungen abrufen könnten. Den damit verbundenen Zeit- und Arbeitsaufwand müssten die Krankenhäuser zusätzlich zu den pandemiebedingten Belastungen bewältigen.



Organspendeausweise und Informationsmaterial zur Organspende sollen künftig auch in den Bürgerämtern ausgehändigt werden. Foto: fovito/stock.adobe.com

913 Menschen entschieden sich im Jahr 2021 in Deutschland für eine Organspende. Zeitgleich standen der Deutschen Stiftung Organtransplantation zufolge 9.183 Patienten auf der Warteliste. **MST**

Widerstand

Gegen ein „sozialistisch-ideologisch“ orientiertes Gesundheitswesen

Die Ärzteschaft in Deutschland bündelte vor 50 Jahren ihre Abwehr gegen einen radikalen Umbau des Gesundheitswesens in der „Aktionsgemeinschaft der deutschen Ärzte“ in Köln. Sie wehrte sich gegen ein „sozialistisch-ideologisch“ orientiertes Gesundheitswesen, das „Verfechter einer institutionalisierten Medizin“ propagierten, wie das *Rheinische Ärzteblatt (RÄ)* in seiner Ausgabe vom 23. April 1972 berichtete. Die Aktionsgemeinschaft, die unter anderem vom Präsidenten der Bundesärztekammer, Professor Dr. Ernst Fromm, getragen wurde, startete Anfang April 1972 mit der „Aktion Freiheit für Arzt und Patient“. Ärztinnen und Ärzte

den *Spiegel* auf der Eröffnungsfeier der Vierten Diagnostik-Woche in Düsseldorf, wie das *RÄ* in seiner Ausgabe vom 8. April 1972 berichtete. Die Serie basiere weniger auf Fakten, sondern „viel mehr auf Halbwahrheiten und Unterstellungen“. Es gelte, „das Geschreibsel des ‚Spiegels‘ als das zu entlarven, was es in Wirklichkeit bezweckt: Den Versuch, Autoritäten durch einseitige Verunglimpfung und den Appell an Neidkomplexe abzubauen“. Fromms Zorn entzündete sich unter anderem an dem Satz: „Ärztliche Fortbildungsveranstaltungen dienen bislang vornehmlich der Steuerersparnis.“ Ärzte konnten bereits damals Fortbildungsausgaben zum Teil steuerlich absetzen. Fromm kündigte an, „er werde in naher Zukunft die Frage nach der Aus-, Weiter- und Fortbildung von ‚Spiegel‘-Journalisten und ihren Einkommen stellen und beantworten.“ Er sehe eine „Fortbildungslücke dieser Herren in den Gebieten Anstand und Verantwortungsgefühl. Beide Bereiche erschienen stark unterentwickelt zu sein.“ **bre**

konnten ihre Unterstützung signalisieren, indem sie den Trägern der Aktionsgemeinschaft eine Postkarte zusendeten.

Besonders in Rage brachte die Ärzteschaft die Artikel-Serie „Das Geschäft mit der Krankheit“, die im *Spiegel* erschien. Mit deutlichen Worten kritisierte der damalige Präsident der

Qualitätssicherung

Ambulanter Sektor gut aufgestellt

Trotz Coronapandemie stellt die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) den Qualitätssicherungsmaßnahmen in der ambulanten Patientenversorgung ein gutes Zeugnis aus. Obwohl im Jahr 2020 Hygienemaßnahmen in den Praxen neu eingeführt und zum Teil Praxisabläufe geändert werden mussten, gingen die etablierten Qualitätssicherungsmaßnahmen „mit bewährter Präzision weiter“, sagte Dr. Thomas Kriedel, Vorstandsmitglied der KBV, bei der Vorstellung des Qualitätsberichts 2021. Im ersten Pandemiejahr haben die Kassenärztlichen Vereinigungen in Deutschland bei mehr als 11.000 niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten die Behandlungsqualität stichprobenartig anhand von über 87.000 Patientendokumentationen überprüft. Der aktuelle Qualitätsbericht 2021 mit den Daten zu 2020 findet sich im Internet unter www.kbv.de/html/1748.php. **bre**

Arzneimittel

Weniger Antibiotika verordnet

Der Ausbruch der Coronapandemie führte in Deutschland dazu, dass ab dem 2. Quartal 2020 deutlich weniger Antibiotika verordnet wurden als in den Jahren zuvor. Wurden 2019 29,5 Millionen Verordnungen ausgegeben, waren es 2020 noch 21,8 Millionen, ein Rückgang von 26,1 Prozent. Dies hat kürzlich das Zentralinstitut (Zi) für die kassenärztliche Versorgung mitgeteilt. Als mögliche Gründe nannte das Zi die Infektionsschutzmaßnahmen sowie Schul- und Kitaschließungen. **bre**

RA VOR 50 JAHREN